



Antrag

der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Bericht zur Situation des UKSH

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten, in der 29. Tagung des Landtags mündlich über die aktuelle Situation des Universitätsklinikum zu berichten.

Begründung:

Das Uniklinikum ist eine der größten Betriebe im Land und ein zentraler Faktor für den Gesundheitsstandort Schleswig Holstein, sowie den internationalen Ruf der medizinischen Fakultäten.

Entscheidungen der Landesregierung und des Klinikvorstandes haben an der Uniklinik eine große öffentliche Unruhe ausgelöst.

Schon im Dezember waren viele MitarbeiterInnen des Uniklinikums in Aufruhr, weil sie nach Auslaufen des Beschäftigungspaktes, der ihnen deutliche Einkommensverzichte abgefordert hatte, mit der Forderung nach bis zu 30 Prozent Lohnsenkungen seitens der Klinikleitungen konfrontiert wurden. Seither gibt es keine positiven Signale aus den Tarifverhandlungen.

In der Dezembersitzung des Landtags hat die Landesregierung angekündigt, dass sie im Januar wichtige Entscheidungen zum UKSH fällt.

Im Vorgriff auf eine gesetzliche Änderung geht die Ausschreibung der Position des kaufmännischen Vorstandsmitgliedes von einem zweiköpfigen, statt von einem dreiköpfigen Vorstand aus.

Durch Satzungsänderung hat der Aufsichtsrat im Dezember alle PflegedirektorInnen, die die Leitung von 250 bis 400 Beschäftigte innehatten, wie vor der Klinikfusion, wieder der Ärzteschaft unterstellt.

Einen Tag nach der letzten Debatte zum Uniklinikum in der Dezemberlandtagssitzung wurde durch die Medien aufgedeckt, dass ein Markterkundungsverfahren für das UKSH durch die Firma KPMG für wesentliche Arbeitsbereiche des UKSH erfolgt sei.

In der Medienberichterstattung vom Januar ist die Rede von 700 bis 1000 Arbeitsplätzen, die im Uniklinikum eingespart werden sollen.

Gleichzeitig wurde ein Stellenstopp verhängt, der, da sehr viele MitarbeiterInnen in allen Hierarchieebenen und Arbeitsbereichen inzwischen befristete Verträge haben und sowieso viele Stellen nicht besetzt sind, droht, den Klinikbetrieb zu stören und die Patientenversorgung zu gefährden.

Die bisherigen Maßnahmen des Klinikvorstandes haben Chefärzte im Januar zu öffentlicher Kritik am Klinikvorstand veranlasst. Sie stellen eine Flucht qualifizierter MitarbeiterInnen fest.

Vor diesem Hintergrund werden von den Beschäftigten des Uniklinikums und ihrer Vertretungsorganisationen, von einzelnen PatientInnen, von den Krankenkassen, von anderen Krankenhäusern, aus den Hochschulen, aus der Kommunalpolitik, sowie von den Medien folgende Fragen an die Landespolitik gestellt:

Welche neue Konzeption liegt für die Sanierung des Uniklinikums vor und wie soll dadurch die Qualität für die Patienten erhalten und verbessert werden?

Wie wirken sich die Veränderungen am Uniklinikum auf die Krankenhauslandschaft und die Gesundheitsversorgung in ganz Schleswig Holstein aus und ist darüber schon mit anderen Krankenhäusern und ihren Trägern gesprochen worden?

Mit welchen Vorgaben hinsichtlich medizinischer, pflegerischer und Servicequalität erfolgte das Markterkundungsverfahren der KPMG im Auftrag des UKSH zum Verkauf einzelner Leistungsbereiche, über das in den Medien nach der letzten Landtagssitzung berichtet wurde?

Welche Ergebnisse hat das Markterkundungsverfahren ergeben und wann wird eine Entscheidung seitens der Landesregierung hierzu fallen?

In welchen Bereichen sollen wie viele Stellen abgebaut werden?

Welche Strategie verfolgt die Landesregierung mit Stellenstopp und drastischen Einkommensenkungen?

Wie hoch ist der Anteil an befristet Beschäftigten insbesondere in für reibungslose Klinikabläufe strategisch entscheidenden Bereichen?

Wie hoch ist der Anteil derzeit nicht besetzter Stellen in diesen Bereichen und wie hoch der Anteil an nicht abgebauten Überstunden?

Wie will die Landesregierung den Weggang insbesondere qualifizierter MitarbeiterInnen und WissenschaftlerInnen aus dem Uniklinikum stoppen?

Welche Konzepte liegen angesichts der bereits seitens der Klinikleitung verfügbaren Maßnahmen und ihren Wirkungen vor, um weiterhin eine hohe Arbeitsqualität und Sicherheit für die Patienten zu garantieren?

Warum hat die Landesregierung im Aufsichtsrat des UKSH durch Satzungsänderung die Befugnisse der Pflegedirektoren unterhalb der Vorstandsebene radikal eingeschränkt und sie der Ärzteschaft unterstellt?

Welche Strategie verfolgt die Landesregierung für die Tarifverhandlungen nach Auslaufen des Beschäftigungspaktes? Sollen die durchgesetzten Tarifergebnisse für die Ärzteschaft durch Einsparungen in anderen niedriger dotierten Berufsgruppen erbracht werden?

Wie ist der Verhandlungsstand mit den Krankenkassen über das Budget 2008 und die folgenden Jahre?

Wie hat sich der laufende Zuschuss der Landesregierung für die Forschung und Lehre in der Medizin seit 1996 bis heute entwickelt?

Für welche Leistungen außerhalb von Forschung und Lehre wurde an das Uniklinikum ein laufender Landeszuschuss gezahlt und wie hat sich dieser entwickelt?

Wurden Klinikinvestitionen in den letzten zehn Jahren wesentlich nur aus der Landes- und Bundeswissenschaftsförderung oder auch aus dem Etat des Gesundheitsministeriums finanziert?

Welche Forschungsschwerpunkte hat der Medizinausschuss für die Standorte Lübeck und Kiel an den medizinischen Fakultäten geplant, um die Empfehlungen der Erichsenkommission umzusetzen? Mit welchen klinikrelevanten Umsetzungszeiträumen und Ersparniserwartungen sind diese Maßnahmen verbunden?

Welche weiteren Schwerpunktsetzungen in der Spezialisierung der Krankenversorgung wurden seit der Fusion der Klinikstandorte vorgenommen oder sind geplant, um den Zuschussbedarf zu verringern?

Wann kann eine vollständige Trennungsrechnung für die Krankenversorgungsausgaben und die Ausgaben für Forschung und Lehre vorgelegt werden?

-

Welche Argumente zählen aus Sicht der Landesregierung bei der Entscheidung für welchen Verwaltungsstandort des UKSH und wie viele MitarbeiterInnen, das heißt ein wie großer Anteil der Verwaltung soll an diesem Standort arbeiten?

-

Angelika Birk und Fraktion